

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.  
Naben & Comp., Nr. 1283.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Wolfs und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Melanagezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Wiedergabe 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 140

Dresden, Mittwoch den 18. Juni 1924

35. Jahrg.

# Frankreichs Friedensangebot

### Herriots Regierungsprogramm — Gegen Gewalt, Eroberungen und Annektionen — Amnestie im Westen — Räumung der Ruhr bei Ausführung des Sachverständigengutachtens — Befriedung Europas durch den Völkerbund

Die Regierung Herriot hat gestern in der französischen Kammer ihr Programm bekanntgegeben, das eine bedeutsame politische Tat darstellt. Zwar wählte man schon durch Herriots frühere Erklärungen und durch sein ganzes bisheriges Wirken, daß in ihm die französische Demokratie und der französische bürgerlich-soziale Fortschritt verkörpert ist, aber jetzt sind diese Traditionen offizielle Regierungsmacht geworden, so daß die Welt es nunmehr mit einem demokratischen, liberalen, vernünftigen und friedlichen Frankreich zu tun hat.

Herriot findet freilich die Sünden des alten Frankreich der Poincaré-Willkür und des nationalen Modos vor — und kann nur Schritt für Schritt die gegenseitige Politik der Verständigung, der Abkommen, der Befriedung einleiten. Er muß in der Außenpolitik anknüpfen an das Gewordene, aber er birgt den Mut an der Spitze einzusetzen um. Seine Ziele sind Verträge, Befriedung, Sicherheiten für Frieden. Und er beginnt auch sofort die Schuld der alten Republik von unten an abzubauen. Die Amnestie der im Westen Verurteilten, die Rückkehr der Ausgewiesenen sind die Anfänge zur Verständigung mit Deutschland. Allerdings mit einem nationalitären Frankreich, nicht mit einem der nationalistischen Reaktion und der monarchistischen Kriegsschürung. Das wird in Paris mit großer Betonung veranschlagt. Am deutschen Volke liegt es, einen Kurs zu befolgen, der die französische Demokratie auf dem Wege der Verständigung menschlich weiter bringt. Die Ausführung des Sachverständigengutachtens ist die Grundlage, die wir drängen. Endlich einmal eine gemeinsame Uebereinstimmung, ein gemeinsames Zusammenwirken, ein Gändereichen. Herriot hat gestern erklärt, das Sachverständigengutachten ohne Hintergedanken anzunehmen. Werde es ausgeführt, werden seine Sicherheiten für Reparationen gegebene Tatsachen, so werde das besetzte Gebiet geräumt und jede Gewalt beseitigt. Frankreich habe nicht, wolle keine Eroberungen, keine Annektionen, Frankreich wolle Friedensbürgschaft. Führe Deutschland das Sachverständigengutachten aus, so sei es frei für Aufnahme in den Völkerbund. Der Völkerbund solle dann die Kontrolle über die Entwaffnung und den Frieden übernehmen.

Wohlan, das ist ein Programm, das aus dem bisherigen Frankreich der Poincaré wie ein Märchen klingt. Es ist die Hoffnung für die Wiedergeburt Europas, obgleich es zunächst nur Worte sind und die französische Linksdemokratie erst in schwerem Ringen gegen die Widerstände im eigenen Lande und gegen nationalistische Kräfte in Deutschland die Taten durchzuführen hat. Aber Herriot steht nicht allein. In England regiert die Arbeiterdemokratie. Schon am Sonnabend wird Herriot MacDonald in London beisehen, so daß ein gemeinsames Handeln der westlichen Demokratien ermöglicht wird. Zum ersten Male auf demokratischer Grundlage und mit dem Ziele der Völkerbundverständigung.

Wahrhaftig, die Stunde der europäischen Demokratie hebt an zu schlagen. Ob sie erfolgreich sein wird, hat das liberale Bürgertum mit zu entscheiden. Die Arbeiterklasse, soweit sie sozialistisch ist, tritt überall hinter die vertragswürdige Demokratie, stützt sie, zwingt sie zur Konsequenz. Die Arbeiterklasse weiß, daß zum Siege der sozialen Demokratie zunächst die politische Demokratie lebendig verwirklicht sein muß, die das Mögliche heute an Fortschritt zu erschöpfen hat, ehe der Sozialismus das Volk und die Völker vereinen und umrannet kann. Deshalb treibt das sozialistische Proletariat die bürgerlichen Demokratien voran.

Die Sozialdemokratie in Frankreich und Deutschland hat mit aller Bucht die Regierungen ihrer Länder zur Verwirklichung der Sachverständigenpläne zu bestimmen und so Schritt für Schritt den Weg zur Verständigung und Befriedung zu geben. Die Regierung Herriot hat Frankreich zu vernünftigen Verträgen bereit gemacht. Es ist ein Friedensangebot. Mit diesem Frankreich und dem England der Arbeiterdemokratie muß die Befriedung Europas versucht werden. Das schaffende sozialistische Volk ist wichtig, seine Kräfte in den Dienst des Fortschritts zu Frieden, Kultur und Sozialismus zu stellen. Wehe den Vätern, die den Weg zum Aufstieg der Menschheit wieder träben und verarmen ließen! Das Lebensgebot des schaffenden Volkes ist heute: Heraus aus dem Dunkel!

## Die Regierungserklärung Herriots

P. Paris, 17. Juni. (Eig. Draht.) Die Erklärung, mit der am Dienstag das Ministerium Herriot vor die zweite Kammer getreten ist, betont einstimmig, daß die neue Regierung es für ihre Pflicht halte, das politische Wollen des französischen Volkes, wie es der Ausfall der Wahlen zum Ausdruck gebracht habe, in Taten umzusetzen. Im Innern wie nach außen habe die neue Regierung nur ein Ziel: dem Lande in der Arbeit und

auf dem Wege des Fortschritts den Frieden, und zwar zunächst den moralischen Frieden, zu geben. Wenn das neue Ministerium sich entschlossen habe, die Gesamtzustände beim Vorkrieg nicht beizubehalten und das Gesetz über die Kongregation

zur Anwendung zu bringen, so geschehe das keineswegs im Geiste der Verfolgung der Kirche oder der Intoleranz. Es wolle damit lediglich die notwendige Unterscheidung zwischen den Gebieten der Religion und den der öffentlichen Angelegenheiten wiederherstellen. Nicht minder großen Wert legt die Regierung darauf, Frankreich den sozialen Frieden zu geben. Um ihre Absichten durch Taten zu beweisen, habe sie bereits am heutigen Dienstag einen Gesetzesentwurf eingebracht, der von der allgemeinen Amnestie nur die Hochverräter und diejenigen, die sich ihrer militärischen Dienstpflicht entzogen haben, ausnehme. Sie werde weiterhin die Wiedererrichtung der entlassenen Eisenbahnen in die Wege leiten, und, um die parlamentarischen Garantien wiederherzustellen, habe sie die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes beantragt. Als ihre wichtigste Aufgabe sehe sie eine gründliche Reform der inneren Verwaltung an. Den Beamten gewähre die Regierung das Koalitionsrecht, aber sie werde, wenn die Beamten dieses Recht gegen die Interessen der Volksgemeinschaft mißbrauchen sollten, mit allen ihr nach Gesetz und Recht zuzubehenden Mitteln einschreiten. Die Kammer werde sich schon in aller nächster Zeit über eine Reform des Wahlrechts auszusprechen haben. Die endgültige gesetzgebende Vereinigung (Einführung) mit dem alten Frankreich werde durchgeführt werden. Die Regierung verspricht

die Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Sie wünscht die baldige Ratifizierung der Washingtoner und Genfer Arbeitskonvention. Die Produktion soll mit allen Mitteln entwickelt werden. Die Hauptträger der Produktion, die Arbeiter und Bauern, hätten ein Recht auf Schutz im Alter und im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Die Regierung werde ein wachsammer Hüter des französischen Kredit sein. Eine bessere Steuerpolitik ist notwendig.

Auf militärischem Gebiete beabsichtigen wir eine Reorganisation, die die Erfahrungen des Krieges rätlich erkennen läßt und die durch die Bedürfnisse des Landes gegeben ist. Diese Reorganisation, die die Verabsicherung der aktiven Dienstzeit mit sich bringt, muß durchgeführt werden, daß Frankreich sich dadurch in seinem Augenblick eine Waise gibt oder geschwächt wird.

Frankreich weiß ausdrücklich jeden Gedanken an Annektionen oder Eroberungen zurück. Es will Sicherheit, es will Frieden. Zunächst für sich, aber auch für die andern Völker. Es wünscht, eine ungewöhnliche Sprache zu führen. Unsere demokratische Regierung wird mit Festigkeit die Rechte unseres Landes verteidigen, wie sie in den Friedensverträgen niedergelegt sind. Wir haben Anspruch auf Reparationen, wir verlangen sie im Rahmen der Gerechtigkeit. Sobald Deutschland hinsichtlich der Reparationen und der Sicherung sein Verhalten mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht hat, wird es ihm völlig frei stehen, in den Völkerbund einzutreten. Wir sind

gegen die Isolierung und Gewalt, die zu territorialen Befreiungen und zur Forderung führt.

Angeht es das heutige Stadium der Dinge in Deutschland, der

Notwendigkeit, nicht allein Frankreich, sondern alle Völker gegen eine neue Offensive nationalistischen Abenteurertums zu schützen, halten wir es nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die Pfänder, wie sie von den Sachverständigen vorgesehen sind (deren Berichte wir ohne Hintergedanken annehmen) mit gerechten und wirksamen Bürgschaften für die Durchführung verknüpft und den zu ihrer Verwaltung besetzten internationalen Organisationen übergeben sind. Wir halten es für nötig, daß die Entwaffnung Deutschlands von den Alliierten gemeinsam überwacht und sobald als möglich durch den Völkerbund kontrolliert wird. Wir werden die Probleme der

Sicherheit durch Garantien zu lösen haben, die selbst wieder der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt sein sollen.

Das vorausgeschickt, erklären wir, daß unsere Regierung mit allen Mitteln dafür arbeiten wird, den Nationen, die das Vorbild Frankreichs leiten soll, einen aufrichtigen und dauerhaften Frieden zu geben. Wir werden noch besten Kräfte mit allen Völkern den demokratischen Geist ermutigen und unterstützen, auf den wir uns selbst berufen. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um den Völkerbund und sämtliche internationalen Einrichtungen zum Zwecke der Sicherheit über das schiedsgerichtliche Ausgleich zu festigen. Wir werden eine Politik gerechter Abmachungen treiben. Um das Ergebnis zu erzielen, das wir anstreben, werden wir zunächst die Bande verstärken, die uns und unsere Alliierten und unsere Freunde vereinigen. Wir werden ihnen

mit solcher Evidenz den Friedenswillen und die Loyalität Frankreichs beweisen,

daß sie sich mit uns darin verständigen, jene Garantien der Sicherheit zu gewährleisten, die der Sachverständigenbericht vorsieht. Wir werden noch mehr tun. Frankreich weiß nicht von Gah. Es genügt ihm, sich auf die Gerechtigkeit zu stützen. Unsere Regierung wird keine Schwäche kennen gegenüber denen, die in Deutschland es noch nicht aufgegeben haben, die Verträge zu verletzen und den Geist der Rebellen und der monarchistischen Reaktion zu nähren. Aber sie wünscht, daß die deutsche Demokratie sich träge nicht schon jetzt zu Maßnahmen bereit.

Der Straßenspruch, der von der Befreiungsbehörde gewährt worden ist, wird in eine rechtsgültige Befreiung umgewandelt werden. Auch auf die politischen Verurteilten, ausgenommen diejenigen, die wegen Anschlüssen gegen die Sicherheit unserer Truppen verurteilt worden sind, wird die Amnestie angewandt werden. Gegen Angehörte, die nur auf Anweisung gehandelt haben, werden die Anweisungsbefehle zurückgenommen werden. Die einzelnen Fälle werden besonders geprüft. Besser als alle Worte werden diese Beschlüsse beweisen, daß, wenn die deutsche Regierung die für die lokale Durchführung des Sachverständigenberichts erforderlichen Arbeiten beschleunigt, die französische

## Völkische Agitatoren!

Wünschen, 16. Juni. (Eig. Draht.)

Vor dem Schöffengericht in Weiskirchen fand am Montag der Prozeß gegen den Automobilenführer und Chauffeur Ludwig Hübner statt, der nach seiner Entlassung von den Kommunisten einer der radikalsten völkischen Agitatoren und dadurch Landtagsabgeordneter geworden ist, von seiner Position allerdings jetzt zum Rücktritt von seinem Mandat veranlaßt wurde. Hübner hat auf einer Agitationstour am 31. März in Weiskirchen am Vortage folgendes geäußert:

„Diese schwarze Lumpen von der völkischen Volkspartei stellen wir alle an die Wand. Noch gefährlicher sind die Pfaffen bis hinauf zum Kardinal. Diese Lumpen, Durcheinander und Ebnallentreiber werden mit dem Messer beseitigt. Dann kommt die übrige nichtvölkische gefürchte Bevölkerung an die Reihe. Kardinal Kautzner, dieser Hurenkerl, kommt zuerst dran, wenn er nicht in seiner Kirche heischen kann. Wir hätten am 8. November, halt im Bürgerbräuhaus, zu sitzen, auf die Straße gehen müssen und anfangen, Köpfe herunterzuschneiden, daß das Blut spritzt wäre. Ich stehe mich heute schon auf den Tann, wo es wieder losgeht. Für Jahr und Lohse, diese Verräter, sind die Augen schon geschlossen. Ich habe sie bereits in meiner Tasche. Wenn sie uns Hitter einsperren, werde ich der erste sein, der ihn wieder heransholt.“

Bald nach der Bekanntgabe dieser Äußerungen durch die Presse der völkischen Volkspartei wurde Hübner in Schutzhaft genommen (2. Mai). Der Staatsanwalt erhob Anklage auf Grund des § 24 des Strafgesetzbuches wegen Vergehens der Bedrohung und Aufforderung zu Gewalttätigkeiten. Hübner, ein im Ansehen und Gebahren widerlich roher Typ, wurde zu der Verhandlung aus der Schutzhaft vorgeführt. Sein Verteidiger, die völkische Kornhäke Roder, zog es vor, seine Mandanten im Stich zu lassen, ließ aber erklären, man solle ruhig ohne ihn verhandeln. Aus dem Vorleben des Angeklagten gab das Gericht bekannt, daß Hübner während der Märzrevolution in Chemnitz ein Sanitätsautos für die rote Armee war. Er wurde einmal angeklagt wegen verübten Schwere Diebstahls, da er noch unter der Zeit seiner mit einer Handgranate bewaffnet ein Privatauto zu steuern versucht hatte. Wegen dieses Verbrechens erhielt er damals fünf Monate Gefängnis, die er auch verbüßte.

Die ihm jetzt zur Last gelegten Äußerungen bestritt Hübner zum großen Teil. Soweit er sie zugibt, will er sie auf die Kommunisten bezogen wissen. Von zwei Aussagen, die dem völkischen Verarbeiterverband angehörige Arbeiter sind, werden aber die Äußerungen unter Eid in vollem Umfange bestätigt, während zwei damals anwesende Kameraden Hübners, die ihn entlasten sollten, unter dem Druck des Eides ausweichende Angaben machten und sich in der Hauptsache nicht mehr erinnern, aber die Möglichkeit zugaben, daß Hübner sich in der vorliegenden Weise geäußert habe.

Nach dem Ergebnis der Verweisaufnahme hielt der Staatsanwalt seine Anklage in vollem Umfange aufrecht. Das politische Programm Hübners müsse jeden anständigen Menschen mit tiefstem Schmerz und Empörung erfüllen. Der Angeklagte freute sich auf den Tag, wo die jetzige Verfassung und Regierung gewalttätig beseitigt werden, und dann würden auch die Augen, die er in seiner Tasche trage, ihre bestimmungsgemäße Verwendung finden. Daß er heute seine blutrünstige Methode nur auf die Kommunisten angewandt wissen wolle und nicht mehr auf die Angehörigen der völkischen Volkspartei, spiele gar keine Rolle. Weder das eine noch das andre dürfe ein Staat dulden, aber wer solche Äußerungen gebrauche, schädige das Volksganze und stelle sich außerhalb der Volksgemeinschaft. Straferwidern könne in Betracht seine Eigenheit als Kandidat und späterer Abgeordneter der völkischen Reichstagskommission, daß Hübner aus seiner Haut, die geübt durch sein Vorleben charakterisiert sei, nicht herauskomme. Der Staatsanwalt verlangte vier Monate Gefängnis und Tragung der Kosten.

Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht das Urteil: Vier Monate Gefängnis wegen eines Vergehens der Bedrohung und eines Vergehens gegen die Verhinderung des bayerischen Staatskommissars vom 11. Mai 1923. Das Gericht hält die gemachten Äußerungen, in der in erster Linie eine Bedrohung der Sicherheit des Landes und des Reiches zu erblicken sei, für vollständig erwiesen. Bei dem Vorleben des Angeklagten und seiner persönlichen Einstellung sei nicht von der Hand zu weisen, daß er das, was er gesagt habe, auch zu verwirklichen gesonnen war.

Völkische Agitatoren!